

Oldenburger Universitätsreden

Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

herausgegeben von
Friedrich W. Busch und Hermann Havekost

In der Reihe *Oldenburger Universitätsreden* werden unveröffentlichte Vorträge und kürzere wissenschaftliche Abhandlungen Oldenburger Wissenschaftler und Gäste der Universität sowie Reden und Ansprachen, die aus aktuellem Anlaß gehalten werden, publiziert.

Die *Oldenburger Universitätsreden* werden seit 1986 herausgegeben von Prof. Dr. Friedrich W. Busch, Institut für Erziehungswissenschaft 1, und Ltd. Bibliotheksdirektor Hermann Havekost, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung der Universität Oldenburg dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Anschriften der Herausgeber:

Prof. Dr. Friedrich W. Busch
Institut
für Erziehungswissenschaft 1
Postfach 25 03
26111 Oldenburg
Telefon: 0441/798-4909
Telefax: 0441/798-2325
e-mail:

Ltd. Bibl. Dir. Hermann Havekost
Bibliotheks- und Informationssystem
der Universität Oldenburg
Postfach 25 41
26015 Oldenburg
Telefon: 0441/798-4000
Telefax: 0441/798-4040
e-mail:

friedrich.busch@uni-oldenburg.de havekost@bis1.uni-oldenburg.de

Redaktionsanschrift:

Oldenburger Universitätsreden
Bibliotheks- und Informationssystem
der Universität Oldenburg
z.H. Frau Barbara Šíp
Postfach 25 41
26015 Oldenburg
Telefon: 0441/798-2261
Telefax: 0441/798-4040
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

Nr. **124**

Ulrich Schachtschneider

Bilder der Zukunftsfähigkeit

Normative Nachhaltigkeitsvorstellungen
im Vergleich

2000

Inhalt

Vorwort 5

Rolf Schäfer

Laudatio
für Ulrich Schachtschneider 7

Ulrich Schachtschneider

Bilder der Zukunftsfähigkeit:
Normative Nachhaltigkeitsvorstellungen
im Vergleich 13

Der Autor 35

VORWORT

Die Universitätsgesellschaft Oldenburg e.V. versucht in vielfältiger Weise, die Carl von Ossietzky Universität in ihrem Ringen um Ausbau, Konsolidierung und Verankerung in der Region zu unterstützen. Sie tut dies u.a. durch die finanzielle Förderung von Tagungen und Veröffentlichungen, durch die Vergabe von Stipendien oder durch mit der Universität abgestimmte Maßnahmen mit hochschulpolitischer Wirksamkeit. Großen Anteil hatte die Universitätsgesellschaft auch an der Durchführung von Veranstaltungen aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der Universität im Sommersemester des Jahres 1999.

Der Unterstützung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dient seit 1982 der im Andenken an den langjährigen Vorsitzenden der Universitätsgesellschaft gestiftete *Gerhard-Wachsmann-Preis*. In der Stiftungsurkunde vom 29. Oktober 1981 heißt es: „Der Preis dient dem ehrenden Gedächtnis an Gerhard Wachsmann, der als Vorsitzender der Universitätsgesellschaft entscheidend für den Ausbau der Universität und die Stärkung der Verbundenheit zwischen Stadt, Region und Universität gewirkt hat und in dessem Sinne die Förderung der Arbeit jüngerer Wissenschaftler der Universität liegt. ... Über die Vergabe des Preises entscheidet der Vorstand. Die Entscheidung wird vorbereitet durch einen vom Vorstand eingesetzten Auswahlausschuß, der berechtigt ist, den Rat sachkundiger Beurteiler einzuholen.“

Aus mehreren preiswürdigen Arbeiten, die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aller Fachbereiche der Universität Oldenburg für das Jahr 1999 vorgeschlagen wurden, hat die vom Vorstand der Universitätsgesellschaft unter Vorsitz von Peter Waskönig eingesetzte Preisfindungskommission die von Ulrich Schachtschneider im Fachbereich 3 Sozialwissenschaften

vorgelegte soziologische Diplomarbeit mit dem Titel „Das Gesellschaftsbild in ausgewählten Nachhaltigkeitskonzepten von Industrieländern“ ausgewählt.

In Schachtschneiders Diplomarbeit wird ein scheinbar theoretisches, in Wirklichkeit aber naheliegendes und praktisches Problem unter der Fragestellung aufgenommen: „Können natur-schonende Lebens- und Produktionsformen nicht nur eingeführt, sondern auch über längere Zeiträume durchgehalten werden?“ Schachtschneider untersucht die wichtigsten Gutachten, die sich mit dieser Durchhaltefähigkeit oder ‚Nachhaltigkeit‘ befassen und überprüft sie auf das damit verbundene Bild der Gesellschaft, der Lebensweise und des persönlichen Verhaltens. Die Diplomarbeit liegt inzwischen in der Schriftenreihe „Studien zur Soziologie und Politikwissenschaft“ als Buch mit dem Titel „Zukunftsfähige Gesellschaften. Gesellschaftsbilder von Nachhaltigkeitskonzepten im Vergleich“, Oldenburg 1999, BIS-Verlag, vor.

Wir dokumentieren in dieser Ausgabe der Oldenburger Universitätsreden die Laudatio für den Preisträger, die von Oberkirchenrat Prof. em. Dr. Rolf Schäfer vorgetragen wurde, sowie den Text des Vortrages, den der Preisträger 1999 bei der Entgegennahme des Preises am 25. November 1999 gehalten hat.

Oldenburg, im März 2000

Prof. Dr. Friedrich W. Busch

ROLF SCHÄFER

*Laudatio
für Ulrich Schachtschneider*

Lieber Herr Schachtschneider,
sehr verehrte Damen und Herren.

Zum 16. Mal wird heute der Gerhard-Wachsmann-Preis vergeben. Zugleich ist es das fünfte Mal, daß die für den Preis gewählte Arbeit aus dem Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“ kommt. Nun ist dieser Fachbereich sehr groß und schließt Fächer in sich, die an anderen Universitäten auf verschiedene Fakultäten verteilt sind, hier aber als Institute, Seminare oder andere Bündelungen den Fachbereich 3 untergliedern. Von den fünf erwähnten Arbeiten gehörten zwei zum Fach Geschichte, eine dritte zur Theologie und eine vierte zur Politikwissenschaft. Deshalb ist es bemerkenswert, daß mit der Untersuchung von Herrn Ulrich Schachtschneider erstmals eine Arbeit den Preis erhält, die dem Fach Soziologie im engeren Sinn zugehört.

Vor dreißig Jahren war Soziologie die alles beherrschende Grundwissenschaft. Ähnlich wie der Aristotelismus im Hochmittelalter lieferte sie vielen anderen – benachbarten oder weniger benachbarten – Wissenschaften die Kategorien und schuf damit neue Möglichkeiten des Diskurses zwischen den Fächern. Ein historisches Zeugnis dafür ist noch in dem großen Fachbereich 3 zu sehen, der eine Vielzahl von Disziplinen unter gesellschaftswissenschaftlichen Prämissen vereint und somit eine Universität im kleinen darstellt. Quantitativ zog die Soziologie aus ihrer beherrschenden Stellung großen Nutzen. Als Außenstehender gewinnt man indes den Eindruck, daß bei der Soziologie nach dem Boom der Gründerjahre inzwischen der wissenschaft-

liche Alltag eingekehrt ist und daß ihr dies wohlgetan hat. Schon in sprachlicher Hinsicht öffnet sie sich mehr für die Umwelt, so daß auch die Stilblütenjäger der Tageszeitungen bei ihr nicht mehr so fündig werden wie noch vor kurzem. Auch inhaltlich ist die Soziologie zu größerer Offenheit zurückgekehrt. Der hochgemute Anspruch, allein das rechte Bewußtsein zu besitzen, ist seltener geworden und machte der realistischen Einstellung Platz, daß die Wissenschaft ein Unternehmen mit offenem Ende ist. Weder die Methode noch erst recht das Ergebnis lassen sich vorweg festlegen.

Es ist nun das Sympathische an der Arbeit von Herrn Schacht-schneider, daß sie in dieser Offenheit angelegt ist. Sie macht sich nicht anheischig, das im Thema benannte Problem abschließend zu beschreiben oder vielleicht sogar durch Entwicklung eines Rezepts zu lösen. Indessen tragen oft die zurückhaltenden, begrenzten Untersuchungen mehr zum Fortschritt in der Wissenschaft bei als anspruchsvolle große Konzeptionen.

Was ist nun der Gegenstand dieser Diplomarbeit? Den Inhalt seiner Untersuchung wird der Preisträger selbst vorstellen. Indessen dürfte es sich empfehlen, daß wir uns vorher dem Ort der Fragestellung von außen her annähern.

Was ist „Nachhaltigkeit“? Als Begriff gibt es sie noch nicht sehr lange. Ich erinnere mich noch genau an eine Diskussion, in deren Verlauf – es ist etliche Jahre her – ich darauf aufmerksam wurde: „Nachhaltig“ ist nicht einfach ein umgangssprachliches Wort, das man auch durch andere, ähnliche Wörter ersetzen könnte (dauerhaft, nachdrücklich, bleibend usw.), sondern ein fester Begriff im Zusammenhang mit dem Begriff der „Entwicklung“. „Nachhaltig“ ist eine Entwicklung dann, wenn diese lange Zeit durchgehalten werden kann.

Wo sich etwas von selbst entwickelte, wie Pflanzen und Tiere im Lauf langer Zeiträume, da entschied sich die Nachhaltigkeit daran, daß die Generationenspirale sich weiterdrehen konnte

und jeweils eine Umwelt vorfand, die der Art das Weiterleben gestattete. Nun gibt es aber in unserer wissenschaftlich-technischen Welt Bereiche, wo sich die Dinge nicht mehr selbst entwickeln, sondern vom Menschen entwickelt werden. Hier stellt sich die Frage nach der Nachhaltigkeit neu. Denn zusammen mit der Richtung der Entwicklung wird nun die Nachhaltigkeit zum Gegenstand der menschlichen Verantwortung.

Völlig neu ist dies nun freilich auch wieder nicht. Denn schon der kategorische Imperativ bei Immanuel Kant lehrt auf die Nachhaltigkeit achten:

„Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte!“

Wenden wir dies auf die wirtschaftliche und technische Entwicklung an und kehren es ins Individuelle, so ergibt sich der ökologische Imperativ: Verbrauche so viel, daß du wollen kannst, daß alle Menschen auf der Erde künftig ebensoviel verbrauchen. – Und schon bemerken wir, daß es hier zu Kollisionen kommen muß. Wenn Entwicklung beispielsweise nur bedeutet: immer mehr Wachstum, immer größere Steigerung des Konsums, dann ist es um die Nachhaltigkeit geschehen.

Es gilt somit, eine „nachhaltige Entwicklung“ zu suchen. Für viele Menschen steht dabei die ökologische Frage im Mittelpunkt. Wie muß die technisch-industrielle Entwicklung aussehen, daß sie nicht nur ein kurzes Stück in die Zukunft hineinführt, um dann an ihren eigenen Folgen zu ersticken? Wie kann sie vielmehr nachhaltig sein?

Was bei Herrn Schachtschneider fachgerecht soziologisch im Spannungsfeld von Wachstum und Nachhaltigkeit abgehandelt wird, habe ich – vielleicht etwas vereinfacht – in der Abspiegelung der individuellen ethischen Fragestellung angesprochen.

Dabei lag mir einerseits daran, den Anknüpfungspunkt für das Verständnis zu benennen, der jedem von uns in Gestalt der ethischen Überlegungen vertraut ist, so daß auch ein Thema, das anspruchsvoll in wissenschaftlicher Terminologie einhergeht, nicht überhört werden kann.

Andererseits jedoch ist der Arbeit sehr wohl abzuspüren, daß in ihr nicht nur Theorien reflektiert werden. Herr Schachtschneider überprüft die Nachhaltigkeitskonzepte im Blick auf das darin enthaltene Gesellschaftsbild. Da aber die Gesellschaft aus Menschen besteht, bei denen die Summe der Willensakte die Nachhaltigkeit gewährleisten müßte, steckt in der Schilderung des Gesellschaftsbildes wiederum die ethische Frage. Mit ihr hatte und hat es Herr Schachtschneider als Energieberater beruflich zu tun. Denn die Menschen, die sich an den Energieberater wenden, stehen vor der Frage: Soll ich bei der Isolierung meines Hauses wirklich so viel Geld ausgeben – nur um durch Energieeinsparung etwas für die übernächste Generation zu tun? Man könnte es auch in Anlehnung an Kant so formulieren: Wie kann die Maxime meines ökologischen Handelns zugleich das Prinzip einer allgemeinen – heute und künftig für alle gültigen, Nachhaltigkeit versprechenden – Gesetzgebung sein?

Beobachtungen in diesem Bereich waren wohl die Beweggründe, dem Gesellschaftsbild nachzugehen, mit dem die heutigen umweltpolitischen Nachhaltigkeitskonzepte arbeiten. Als denkende, ökologisch sensible Menschen sind wir prinzipiell geneigt, diese Konzepte zu bejahen. Deshalb war gleichzeitig zu prüfen, ob wir als moderne, freiheitsdurstige, technikbegeisterte, auf Wachstum und Differenzierung bedachte Zentraleuropäer nicht in der Praxis desto zäher einem völlig anderen Gesellschaftsbild anhängen.

Schon in der Anlage der Themenstellung, erst recht aber in der Durchführung ist die Arbeit höchst aktuell – zwar unbequem, aber gerade dadurch auch anregend. Durchsichtiger Aufbau,

sachlicher Stil, schlüssige Argumentation und klare Ergebnisse – alle diese Eigenschaften haben die Jury überzeugt.

Deshalb beschließe ich die Laudatio damit, daß ich Ihnen, lieber Herr Schachtschneider, zur Verleihung des diesjährigen Gerhard-Wachsmann-Preises gratuliere. Ich füge den Wunsch hinzu, daß die Dissertation, mit der sie den eingeschlagenen Weg fortsetzen, eben so gut gelingen möge.

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER

Bilder der Zukunftsfähigkeit:

Normative Nachhaltigkeitsvorstellungen im Vergleich

Vielen Dank für Ihre Worte, Herr Schäfer, und die Auszeichnung meiner Arbeit durch die Universitätsgesellschaft! Vielen Dank für das Vertrauen, welches Sie mir entgegengebracht haben – nein – andersherum war es: Ich habe die Arbeit in der Erwartung begonnen, daß sie irgendwann eine Würdigung erfahren wird. Dieses Vertrauen meinerseits ist jetzt durch Sie erfüllt worden.

Danke auch an meine Kollegen bzw. Mitgesellschafter der Ingenieur- und Physikersozietät PLANET (Planungsgruppe Energie und Technik) dafür, daß sie diverse Wochenenden im Büro verbracht haben, damit ich mich auf meine Abschlußarbeit konzentrieren konnte. Sie mußten das tun, da etwa zeitgleich ein großes Projekt begann, das auch mit Nachhaltigkeitsbemühungen zu tun hat: Die örtliche Integration von landwirtschaftlicher Produktion und lebensmitteltechnischer Weiterverarbeitung in einer Art Öko-Dorf sollte im Rahmen eines EXPO-Projekts beispielhaft versucht werden – PLANET entwarf dafür die Technik nach weitgehendsten ressourcensparenden Gesichtspunkten und war für ihre Realisation verantwortlich. Vielen Dank auch an meinen Vater, der mit der Situation konfrontiert war, daß meine Mutter die Arbeit auf nachhaltige Rechtschreibung überprüfen wollte und sich gezwungen sah, für diese Zeit eine eigenständige Beschäftigung zu suchen. Vielen Dank an den Staat bzw. die Politik, die mir ein Studium ohne Studiengebühren ermöglicht hat. Wäre ich 5 Jahre später geboren, hätte ich möglicherweise die für ein Zweitstudium anfallenden

Gebühren nicht aufbringen können und wollen und diese Arbeit wäre mit Sicherheit so nicht entstanden. Zuletzt danke ich meiner Lebensgefährtin – nicht für ein spezifisch weibliches sorgendes Verständnis, sondern in erster Linie dafür, daß sie den Hauptteil der finanziellen Last für unseren kleinfamiliären Lebenszusammenhang getragen hat.

Nach diesen Dankesworten möchte ich ein paar Worte sagen zum Diskurs um nachhaltige Entwicklung, zu meiner Arbeit mit ihren Ergebnissen und zu meinem Anliegen damit. Ich hoffe, daß ich in der Kürze der Zeit dieses komplexe Thema einigermaßen verständlich darstellen kann.

Nachhaltig bedeutet soviel wie dauerhaft. Eine nachhaltige Entwicklung ist demnach eine Entwicklung, die dauerhaft durchgehalten werden kann. Spätestens seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio ist „Nachhaltige Entwicklung“ ein global akzeptiertes Leitbild. Angesichts der bekannten globalen Probleme wurde dort postuliert, die Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Generationen gleichermaßen zu berücksichtigen. Daraus läßt sich ableiten, daß es um die gleichzeitige Verwirklichung ökologischer, sozialer und ökonomischer Ziele geht. Diese Ziele werden häufig als die drei Säulen nachhaltiger Entwicklung bezeichnet. Alternativ kann auch von Ökologieverträglichkeit, Sozialverträglichkeit und Individualverträglichkeit gesprochen werden. Die Nennung von Individualverträglichkeit anstelle von Ökonomieverträglichkeit finde ich passend, da ökonomische Ziele keinen Selbstzweck darstellen – die Ökonomie wird oder sollte gemacht werden für den Menschen, das Individuum. Mit diesen drei Säulen wird der Anspruch auf eine integrative Politik gesetzt, im Gegensatz zur bisherigen Praxis additiver Einzelpolitiken auf den Feldern der Wirtschaft, der Sozialpolitik und der Umweltpolitik, die systematisch zu Zielkonflikten führen mußte. Dies sollte in Zukunft durch das integrative Ziel „Nachhaltige Entwicklung“ verändert werden – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Damit ist natürlich auch das Eingeständnis einer bisher nicht nachhaltigen Entwicklung verbunden. Es gibt

keine *invisible hand*, die durch welche Mechanismen auch immer die Gesamtentwicklung in eine positive Richtung steuert, obwohl die Akteure isolierte Einzelziele verfolgen.

„Nachhaltige Entwicklung“ ist erstmal ein formaler Rahmen. In einer offenen Gesellschaft sind unterschiedlichste Interpretationen möglich und – so meine Auffassung – zwingend. Unter Individualverträglichkeit kann man sich die Verwirklichung unterschiedlichster Bedürfnisse vorstellen. Unter dem Stichwort Sozialverträglichkeit ist die Stabilität unterschiedlichster Sozialstrukturen und Verteilungsmuster vorstellbar. Ebenso zielt die Ökologieverträglichkeit nicht auf ein bestimmtes starres Muster, auch ökologische Systeme sind in evolutionärem Fluß. Was liegt da näher, als nachhaltige Entwicklung als die Suche nach dem gesellschaftlich Wünschbaren bei Berücksichtigung ökologischer Leitplanken zu beschreiben? Über die Positionierung der Leitplanken gibt es einen *common sense* in Wissenschaft und Politik in Form von naturwissenschaftlich-technologischen Regeln der anthropogenen Naturnutzung. Sie heißen:

1. Regenerative Ressourcen dürfen nur in dem Maße verbraucht werden, wie sie sich neu generieren.
2. Nicht regenerative Ressourcen dürfen nur in dem Maße verbraucht werden, wie sie durch Erneuerbare ersetzt werden können.
3. Senken dürfen nur bis zur Grenze ihrer Aufnahmekapazität mit Schadstoffen gefüllt werden.
4. Das Zeitmaß anthropogener Natureingriffe darf die begrenzte Reaktionsgeschwindigkeit ökologischer Anpassungsvorgänge nicht überfordern.

Damit ist der Rahmen gesetzt, über die Füllung des Korridors zwischen den Leitplanken sind jedoch unterschiedlichste Interpretationen möglich. Divergierende Gesellschaftsvorstellungen sind dabei in einer offenen Gesellschaft zwingend. Was liegt näher, als sich mit dem Gesellschaftsbild in Nachhaltigkeitskonzepten zu beschäftigen?

In meiner Arbeit habe ich Nachhaltigkeitskonzepte, also Operationalisierungsversuche des Formalziels Nachhaltigkeit untersucht. Im Gefolge der globalen Akzeptanz des Leitbilds gab es in vielen Ländern einige solcher Versuche. Exemplarisch habe ich zwei Konzepte intensiv betrachtet, die zwei mögliche Pole in dem Diskurs um nachhaltige Entwicklung markieren: Die Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), ein Beratungsgremium der Bundesregierung, standen im „Verdacht“, nachhaltige Entwicklung unilinear, also in Kontinuität basaler Entwicklungen moderner Gesellschaften wie etwa Massenkonsum, Individualisierung, repräsentative Konkurrenzdemokratie, ökonomische Konkurrenzsteigerung, Wachstum und Komplexitätssteigerung für möglich zu halten. Von der Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“ war hingegen zu erwarten, daß ihre Nachhaltigkeitsvorstellung zumindest einen teilweisen Bruch mit diesen vorherrschenden Modernisierungsentwicklungen bedeuten würde.

Die Konzepte bestehen aus technologischen Vorstellungen und aus Gesellschaftsbildern. Die technologischen Vorstellungen sind im wesentlichen durch die beiden Strategien Effizienz und Konsistenz beschrieben. Effizienzsteigerung hat die Maximierung des Outputs bei Minimierung des Inputs zum Ziel. Die Entwicklung vom 6-Liter-Auto zum 3-Liter-Auto ist ein Beispiel für eine Effizienzstrategie. Sie hat physikalische Grenzen, auch ein 3-Liter-Auto verursacht weiterhin Emissionen, die möglicherweise nicht tragbar sind. Die Konsistenzstrategie geht darüber hinaus. Sie hat die Konsistenz, die Harmonie anthropogener und biogener Stoffkreisläufe zum Ziel. Für den Individualverkehr wäre dies etwa ein Wasserstoffantrieb, der keine schädlichen Emissionen mehr aufweist und in eine solare Wasserstoffwirtschaft eingebunden ist. Im – rein theoretischen – technischen Idealfall würden dann die Stoffkreisläufe zur Erzeugung der individuellen Mobilität keine biologischen Stoffkreisläufe belasten. Daß auch derartige Stoffzirkulationen aufgrund des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik unweigerlich Entropiesteigerungen, d.h. stoffliche Dissoziierungsprozesse induzieren,

die einer ewigen Konsistenz zuwiderlaufen, soll hier nicht näher problematisiert werden.

Deskriptive und normative Gesellschaftsbilder finden sich in den Konzepten erstens bei Begründungen für die Notwendigkeit der Einführung bestimmter Technologien, zweitens im Rahmen der Umsetzungsvorschläge für diese Technologien und drittens als Additiv zu den technologischen Strategien. Dies ist der Fall, wenn etwa mehr Suffizienz, mehr Genügsamkeit, gefordert wird. Die Gesellschaftsbilder der Autoren der Konzepte sind dabei teils offen dargelegt, teils latent vorhanden. Ich habe die Untersuchung anhand von sieben Fragekomplexen durchgeführt.

1. Produktionssphäre

- **Quantitative Entwicklung**
Welche quantitative Entwicklung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen wird für richtig gehalten? Wird ein qualitatives oder ein quantitatives Wachstum favorisiert oder ein Rückgang der Wirtschaftsleistung in Kauf genommen oder gefordert?
- **Strukturwandel**
Welche Art des Strukturwandels in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen wird für notwendig gehalten? Wie soll das Verhältnis von erstem, zweitem und drittem Sektor beschaffen sein?
- **Arbeitsteilung**
Welche Arbeitsteilung wird konzipiert? Soll sich die Produktion weiter global verketteten oder wird ein Rückgang zu kleinräumigen Produktionszusammenhängen mit geringerer Arbeitsteilung für klug gehalten? Welches Maß an Rationalisierung ist anzustreben?

- Arbeitsform
Welche Stellung nehmen die Konzepte zum Verhältnis von Erwerbs- zu Eigenarbeit ein?

2. Lebensstil

- Dominante Ausprägung eines nachhaltigen Lebensstils
Woraus besteht ein nachhaltiger Lebensstil? Welches Wohlstandsmodell mit welchen Werten wird vertreten? Wieviel Individualität und wieviel Kommunität wird empfohlen? Welche Arbeitsformen gibt es, welche Anteile haben Eigen- und Erwerbsarbeit?
- Normativität
Welchen Grad von Normativität bezüglich des Lebensstils gibt es? Welche Abweichungen von den als nachhaltig erkannten Lebensstilen sollen zulässig sein?
- Pluralität
Wie stark ist die Ausdifferenzierung von Lebensstilen?

3. Soziale Nachhaltigkeit

- Welches Konzept sozialer Gerechtigkeit ist vorhanden?
- Welche nicht auf Verteilungsgerechtigkeit basierte Elemente sozialer Nachhaltigkeit gibt es?

4. Politikkonzept

- Entscheidungsfindung
Wie sind gesellschaftliche Entscheidungsprozesse strukturiert? Dominiert ein „bottom up“ oder ein „top down“-Ansatz? Wie stark und auf welche Weise soll eine Partizipation der Bürger stattfinden?

- Staatsaufgaben
Gibt es eine Ausweitung oder Einengung der Staatsaufgaben? Mit welcher Eingriffstiefe sollen diese Aufgaben wahrgenommen werden? Welches Verhältnis von Markt und Staat wird zum Beispiel für nützlich gehalten? In welcher Art und Weise soll der Staat gesellschaftliche Reflexivität fördern?

5. Raumstruktur

- Ökonomische Struktur
Wie regionalisiert sollen Wirtschaftskreisläufe sein? Welche Teile der Ökonomie sollen global integriert werden und welche Teile lokal begrenzt sein?
- Politische Struktur
Analog zur ökonomischen Struktur kann gefragt werden: Wie regionalisiert soll die politische Struktur sein? Was soll dezentral entschieden werden und was soll auf globaler Ebene verhandelt werden?

6. Funktionale Differenzierung

- Funktionale Differenzierung der Gesellschaft
Welche Stellung nehmen die Konzepte ein zur funktionalen Differenzierung von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft? Inwieweit soll sie abgemildert oder aufgehoben werden durch integrative Ansätze? Wie wird mit der Eigenlogik von Teilsystemen umgegangen? Soll ihre Wirkung begrenzt oder benutzt werden?
- Funktionale Differenzierung der individuellen Alltagswelt
Wie arbeitsteilig ist die projizierte Arbeits- und Lebensweise der Individuen organisiert?

7. Gesellschaftliches Naturverhältnis

- Naturfunktionen für den Menschen
Ist Natur rein utilitaristisch auf ihre produktive Funktion reduziert oder gibt es eine Anerkennung von weiteren, etwa reproduktiven und kulturellen Funktionen von Umwelt?
- Naturnutzungsmodus
Welches Naturmanagement wird empfohlen? Wo liegen Grenzen der Naturnutzung?
- Bewußtsein
Zu welchen Anteilen herrscht ein biozentrisches Bild? Welche Ausprägung haben anthropozentrische Sichtweisen?
- Alltagsweltliches Verhältnis
Welcher alltagsweltliche Abstand zur Natur wird empfohlen?

Diese sieben Untersuchungskomplexe sind natürlich nur ein Ausschnitt des möglichen Gesellschaftsbildes der Autoren. Viele andere Fragen sind denkbar. Ich habe diese Fragen gewählt, weil sie im zu beobachtenden Diskurs um nachhaltige Entwicklung sich als konfliktträchtig erwiesen haben. Mit meiner Untersuchung habe ich im wesentlichen zwei Ziele verfolgt:

1. Einen Überblick über die oft verstreut in den Konzepten liegenden Vorstellungen
2. Die Offenlegung latenter Haltungen

Die Analyse ist unterteilt in die Beschreibung des deskriptiven und normativen Gesellschaftsbildes. Interessiert haben mich also einerseits die Beschreibung gesellschaftlicher Wirklichkeit und deren Pathologien, andererseits die Nachhaltigkeitsvorstel-

lungen, die gewünschten Richtungen gesellschaftlicher Entwicklung.

Das deskriptive Gesellschaftsbild in den beiden Studien stellt sich wie folgt dar:

In der Wuppertal-Studie wird sowohl der Trend zu globaler Arbeitsteilung als auch Rationalisierung allgemein negativ bewertet. Gründe sind der mit weltweiten Transporten verbundene Ressourceneinsatz sowie der Verlust kultureller Identitäten durch die Weltmarktintegration. Der oft mit Rationalisierung gekoppelte Grad der Einbindung von Tätigkeiten in die Sphäre bezahlter Erwerbsarbeit, die Monetarisierung von Arbeit, wird ebenfalls problematisch gesehen. Die Autoren lehnen vorgenannte Trends jedoch nicht total ab, sie stört vielmehr das Ausmaß. In den SRU-Gutachten hingegen wird die Dominanz dieser Entwicklungen nicht grundsätzlich kritisiert. Beide Konzepte halten allerdings die Geschwindigkeit der Änderung anthropogener Produktionskreisläufe für problematisch, da sich natürliche Prozesse in ihrer evolutionären Langsamkeit nicht schnell genug daran anpassen könnten. Unterschiedlich wird wieder die Möglichkeit einer langfristigen Steigerung des Produktionsvolumens gesehen. Lehnen die Autoren der Wuppertal-Studie dieses grundsätzlich aufgrund von naturwissenschaftlich begründeten Grenzen des Wachstums ab, so monieren die SRU-Gutachter lediglich die Kopplung von Wachstum und Naturverbrauch und halten einen steigenden Ausstoß von Produkten prinzipiell für möglich bei stofflich geänderten Produktionsvarianten.

Bei dem in der Industriegesellschaft als dominant diagnostizierten Lebensstil problematisieren die Verfasser der Wuppertal-Studie die Ambivalenz postmaterialistischer Identität, die in der gleichzeitigen Abkehr von rein materiellen Werten und dem konsuminduzierenden Drang nach Expressivität besteht. Auch die wertebasierte Selektivität von Umweltverhalten wird nicht für förderlich für einen nachhaltigen Lebensstil gehalten. Grundsätzlich jedoch haben die Autoren keine Schwierigkei-

ten mit der Pluralität von Werten und Lebensstilen, mit Individualisierung. In den SRU-Gutachten werden wenige Äußerungen zum herrschenden Lebensstil gemacht. Er wird jedoch, wenn auch nicht explizit, als eher umweltschädigend angesehen: Kritisiert wird eine Diskrepanz zwischen Umweltbewußtsein und Umweltverhalten.

Soziale Nachhaltigkeit wird in der Wuppertal-Studie einmal am Stand des „sozialen Kapitals“, zum anderen an Verteilungsgerechtigkeit festgemacht. Letztere wird in der internationalen Dimension als völlig fehlend gebrandmarkt. Diese Diagnose von der starken globalen Asymmetrie der Ressourcennutzung ist Ausgangspunkt des für die Studie zentralen Konzepts Umwelt-raum. Dazu werden ungleiche Verhältnisse bezüglich der Übernahme globaler Umweltrisiken sowie der Ausgestaltung des Handels festgestellt. Innerhalb nationalstaatlicher Grenzen endet diese Problemdiagnose der Ungerechtigkeit. Hier wird das Augenmerk auf den Rückgang von sozialen Bindungen und Solidarpotentialen, auf abnehmendes „soziales Kapital“, gelenkt. Dieses wird ebenso auf internationaler Ebene vermißt, wo ein Aufbau von solidarischen Netzen aufgrund großer Distanzen zwischen den Menschen für schwierig gehalten wird. In den SRU-Gutachten hingegen wird von einer Verteilungsgerechtigkeit nicht gesprochen. Kritisiert wird der ungleiche Entwicklungsstand der Volkswirtschaften. Weitere Elemente sozialer Nachhaltigkeit werden dort nicht thematisiert.

Übereinstimmend werden als Schwächen im politischen System die Kurzzeitorientierung, zu wenig Partizipation der Bürger an der politischen Entscheidungsfindung sowie ein mangelndes Integrationsniveau, eine zu additiv ausgerichtete Kombination sektoraler Politiken, konstatiert. In der Wuppertal-Studie wird zudem eine Entsachlichung von Politik zugunsten von populistischen Politikerhaltungen bemängelt. Ein weitere, ebenfalls zu Politikverdrossenheit führende Tendenz sei das zunehmende Informationsgefälle in der Gesellschaft. In den SRU-Gutachten hingegen wird an verschiedenen Stellen der zu star-

ke Einfluß von Partikularinteressen auf Entscheidungsfindungsprozesse gerügt, wenn sich auch eine allgemein formulierte, explizite Kritik der Dominanz von Partikularinteressen dort nicht findet. Eine Gefahr sehen die SRU-Gutachter in der Genese von Überzeugungskonflikten, insbesondere bezüglich von Fragen der richtigen Umweltnutzung. Weiterhin betonen sie die „Herausforderung“ einer Ausweitung von Staatsaufgaben durch das Nachhaltigkeitserfordernis. Problematisch könnte dabei die freiheitsbeschränkende Wirkung einer derartigen Erweiterung des Eingriffsgebietes des Staates werden.

Die Globalisierung wird in der Wuppertal-Studie auf ökonomischem Gebiet für problematisch gehalten. Als Gründe werden der hohe Ressourcenverbrauch und eine Monotonisierung von Kultur angeführt. Aber auch in der Wirkung auf die politische Sphäre habe die Globalisierung ihre problematischen Auswirkungen. Politische Krisen, etwa der Golf-Krieg, seien verursacht durch globale ökonomische Abhängigkeiten. In den SRU-Gutachten wird der Prozeß der Globalisierung nicht als Problem benannt. In der funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft in verschiedene Teilsysteme mit eigenen Logiken hingegen wird in beiden Konzepten ein Hindernis für Nachhaltigkeit gesehen. Beklagt wird in beiden Konzepten die mangelnde Integration verschiedener Teilsysteme, in der Wuppertal-Studie zusätzlich die Eigenlogik von Wirtschaft und Politik.

Der prinzipielle Anspruch des Menschen auf Nutzung der Natur, die Zuschreibung bestimmter Funktionen der Natur für den Menschen, wird in beiden Studien nicht als problematisch angesehen. Beide Konzepte bescheinigen dem gesellschaftlichen Naturverhältnis jedoch eine nicht nachhaltige Inkonsistenz zwischen anthropogenen Produktionskreisläufen und natürlichen Zyklen. Der Umweltrat sieht darin vor allem eine Schwierigkeit der Vernetzung und damit ein Komplexitätsproblem, die Wuppertal-Studie führt vorwiegend die lebensweltliche Distanz des Menschen zur Natur als eine Ursache der diagnostizierten Inkompatibilität an. Während die Wuppertaler Autoren eher

eine falsche Lebensweise diagnostizieren, beklagt sich der Umweltrat über falsche Vorstellungen vom richtigen gesellschaftlichen Naturverhältnis im Zuge der gesellschaftlichen Reflexion der Umweltkrise. Kritisiert wird eine falsche Kritik des anthropozentrischen Ansatzes, die Vorstellung von der Ökologie als normativer Leitwissenschaft sowie eine die Menschenwürde gefährdende biozentrische Naturaufwertung.

Auf diesen Diagnosen und latenten Haltungen in den beiden untersuchten Studien bauen Wunschvorstellungen für eine nachhaltige Gesellschaft, das normative Gesellschaftsbild der Autoren, auf. Es kann folgendermaßen beschrieben werden:

Die Autoren der Wuppertal-Studie schlagen eine starke Änderung der bisherigen industriellen Produktionsweise vor. Abgeleitet vom Oberziel Reduktion der Stoffströme wird eine partielle Regionalisierung und Derationalisierung sowie eine Demonetarisierung von Arbeit anvisiert. Daneben soll jedoch ein weltmarktintegrierter Sektor existieren. Zusätzlich zu diesen Elementen der Änderung der Organisationsstruktur von Produktion kommen Elemente des technischen Wandels von Produktionsketten in Richtung geschlossener Kreisläufe. Die geringeren Massendurchsätze gehen einher mit einer verstärkten Tertiarisierung. Es soll mehr gehandelt und organisiert werden anstatt immer neu zu produzieren. Diese Tertiarisierung ändert jedoch nichts an der für nötig befundenen Begrenzung des Wirtschaftswachstums, sei es nun durch Steigerung im sekundären oder tertiären Sektor induziert. In den SRU-Gutachten wird an eine Änderung der bisherigen Trends der industriellen Produktion wie Rationalisierung, Monetarisierung und ständiges Wachstum nicht gedacht. Der Weg zu Nachhaltigkeit soll allein über die Erreichung einer höheren Konsistenz anthropogener Produktionsverfahren mit natürlichen Kreisläufen erreicht werden. Eine weitere Steigerung der Produktivität ist dabei ausdrücklich erwünscht, um menschliche Bedürfnisse besser befriedigen zu können. Lediglich der angestrebte Grad der Regionalisierung von Produktion bleibt aufgrund der anvisier-

ten Erhöhung von Raumwiderständen unklar, auch wenn dies im Gutachten nicht explizit problematisiert wird.

Während in den SRU-Gutachten allerhöchstens ein ganz allgemeiner Hinweis auf die Notwendigkeit geänderter Lebensstile zu finden ist, stellen die Autoren der Wuppertal-Studie einen neuen Lebensstil vor. Er besteht aus den Elementen weniger Konsum, mehr freie Zeit, mehr Eigenarbeit sowie mehr Einbindung in Gemeinschaften. Das anvisierte neue Wohlstandsmodell soll nicht in irgendeiner Weise erzwungen werden, sondern sich aus Einsicht in das bessere Konzept entwickeln. Betont werden die Pluralität moderner Gesellschaften und die Wahlfreiheit von Lebensorientierungen. Die Autoren gehen trotz der betonten geringen Normativität von einer faktischen niedrigen Pluralität der Lebensstile aus. Abweichende Stile scheinen sich nicht bewahren oder neu entwickeln zu können, da die Einsicht ins Gute und die den ökologisch korrekten Lebensstil fördernde ökonomische Rahmensetzung offenbar für dominant genug gehalten werden. In den SRU-Gutachten werden keine genaueren Aussagen über zukunftsfähige Lebensstile gemacht, obwohl von einer Diskrepanz von Umweltbewußtsein und Umweltverhalten ausgegangen wird. Bezüglich der Normativität und Pluralität von Lebensstilen gibt es keine Hinweise auf Änderungen des bisherigen Trends, d.h. es soll weiterhin eine große Wahlfreiheit und Vielfalt von Lebensstilen geben.

In der Wuppertal-Studie ist der zentrale Ansatzpunkt für soziale Nachhaltigkeit Verteilungsgerechtigkeit. Dies gilt allerdings nur in der internationalen Dimension. Ausgehend von asymmetrischen Lebenschancen in Nord und Süd werden eine global paritätische Ressourcennutzung in Gestalt des zu beachtenden Umweltraums sowie ein fairer Welthandel gefordert. Intranational findet dieses Konzept keine Fortsetzung. Von gleicher Ressourcennutzung oder gerechtem Handel etwa ist nicht mehr die Rede. Allenfalls allgemeine Hinweise auf die Notwendigkeit sozialer Fairneß sind zu finden, die sich etwa in der Forderung nach paritätischer Verteilung von Teilzeitarbeitsplätzen

konkretisiert. Ansonsten wird intranational von einer weiterbestehenden starken Reichtumsdifferenzierung ausgegangen. An den wenigen Stellen, an denen sich das SRU-Gutachten mit Gerechtigkeit befaßt, kann die in der Wuppertal-Studie vorgefundene territoriale Differenzierung des Gerechtigkeitsansatzes ebenfalls wiedergefunden werden. Gerechtigkeit wird auf unspezifizierte Weise, auf einer allgemeinen Ebene im internationalen Verhältnis angemahnt, während innerhalb der Nationalgrenze allenfalls eine soziale Mindestsicherung für nötig gehalten wird. Ansonsten beharrt der SRU-Ansatz auf der sozialpolitischen Strategie einer Verteilung von Wachstumszuwächsen.

Beide Studien verzeichnen übereinstimmend zwei wesentliche Schwächen des gegenwärtigen politischen Systems, eine zu schwache Langzeitorientierung und eine zu geringe Partizipation der Bürger am politischen Prozeß. Zur Lösung des Problems der mangelnden Langzeitorientierung werden in beiden Konzepten jedoch keine Vorschläge zu wesentlichen Änderungen im politischen Institutionengefüge gemacht. Dem Langfristigkeitsziel dient jedoch die beiderseitig vorhandene Orientierung auf die Staatsaufgabe der Rahmensetzung, wenn diese auch in der Wuppertal-Studie etwas schwächer ausgeprägt ist und nicht explizit vorgenommen wird. Die dort vorgeschlagene Ökosteuer ist jedoch ein Beispiel par excellence für staatliche Rahmensetzung. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht in der Forderung nach einer komplementären Deregulierung, die die mit der eben beschriebenen Orientierung verbundene Ausweitung der Staatsaufgaben kompensieren soll, um die Freiheitlichkeit von Gesellschaft nicht zu verringern. Gleich ist auch die Forderung nach mehr politischer Partizipation, die jedoch auf unterschiedlichem Wege gewährleistet werden soll. Während in der Wuppertal-Studie eine Kombination aus Dezentralisierung politischer Strukturen und Diskurssteigerung durch Entschleunigung propagiert wird, hält der Umweltrat eine verstärkte Lobbyisierung von Umweltinteressen mit Hilfe einer verstärkten Einbindung von Umweltverbänden in staatliche Planungsprozesse für notwendig. Auch die geforderte Integration bisheriger additiver

Politik soll in der Wuppertal-Studie eher auf dezentraler Ebene gewährleistet werden. Der Umweltrat hingegen begegnet dem Integrationsproblem durch staatliche Rahmensetzung. Er schreibt ebenfalls dem Staat die Aufgabe eines Diskursorganisors zu, die vor allem durch die Institutionalisierung von umweltrelevanten Normsetzungsverfahren erfüllt werden soll. Die politischen Konzepte basieren auf spezifischen Konsensen: Die Wuppertaler bauen auf Interessenübereinstimmung, während in den SRU-Gutachten auf gemeinsame Überzeugungen, vor allem bezüglich des Umgangs mit der Natur, Wert gelegt wird.

Während in den SRU-Gutachten die räumliche Struktur von Gesellschaft keine Rolle spielt, liegt ein Schwerpunkt der Wuppertal-Studie in dem Plädoyer für mehr Regionalisierung auf politischer, in erster Linie aber wirtschaftlicher Ebene. Ausgehend von der Analyse negativer Globalisierungsfolgen wie etwa kulturelle Monotonisierung und vor allem erhöhter Naturverbrauch durch den Anstieg von Transportleistungen, wird eine Regionalisierung von Strukturen angestrebt. Mit der ökonomischen Kleinräumigkeit korreliert dabei die Forderung nach politischer Dezentralität. Diese Vorstellungen werden ergänzt durch eine gewünschte Globalorientierung auf politischer, wissenschaftlicher und teilweise auch ökonomischer Ebene. Das Verhältnis zwischen beiden Orientierungen bleibt dabei unklar. In den SRU-Gutachten hingegen ist explizit nichts zu finden. Allernhöchstens die auch dort erhobene Forderung nach Einschränkung von Mobilität wird de facto ebenfalls zu einer Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen führen – wie ausgeprägt auch immer sie sein mag. Dazu werden dort jedoch keine Aussagen gemacht. Auf der politischen Ebene wird eine generelle Lokalorientierung kritisch gewertet, wenn auch in Einzelfällen die Regionalisierung von Kompetenzen befürwortet wird. Generell hingegen dominiert dort eine Orientierung auf nationalstaatliche Politik.

Beide Ansätze sehen in der hohen Ausdifferenzierung in gesellschaftliche Teilsysteme ein Problem, auch wenn dies nicht ex-

plizit gesagt wird. Beklagt wird jedoch die mangelnde Integration. So gehen die Nachhaltigkeitsvorstellungen in beiden Konzepten dann auch in Richtung einer stärkeren Integration der Teilsysteme. Übereinstimmung besteht auch darin, deren Eigenlogiken teilweise zu benutzen und teilweise einzudämmen. Unterschiedlich ist lediglich die Vorstellung hinsichtlich einer Entdifferenzierung auf der Ebene der individuellen Alltagswelt. Hier impliziert das Wuppertal-Konzept eine alltagsweltliche Integration durch die angestrebten neuen Lebensstile mit ihrer Mischung verschiedenster Tätig- und Fertigkeiten.

Das gesellschaftliche Naturverhältnis ist in beiden Studien ein anthropozentrisches. Daran ändert auch das vereinzelt geäußerte Bekenntnis zur Eigenwertigkeit von Natur in der Wuppertaler Studie nichts. Da dieses keinerlei Konsequenzen hinsichtlich der vorgenommenen Problemzuweisungen und der entwickelten Nachhaltigkeitsvorstellungen hat, ist diese Sichtweise als marginales Einsprengsel in einer im wesentlichen anthropozentrischen Sicht zu werten. In beiden Konzepten sollen die Menschen Natur nutzen für produktive, reproduktive und ästhetische Zwecke. Beiderseits wird von einer Verantwortung des Menschen für den langfristigen Erhalt dieser Funktionen ausgegangen, auch wenn in der Wuppertal-Studie explizit nicht von der Verantwortung des Menschen für die Natur gesprochen wird. Nichtsdestotrotz ist das gesamte Konzept mit der Anerkennung ökologischer Leitplanken und dem Konzept des Umweltraums stark verantwortungsethisch basiert. Ungeklärt ist bei den Wuppertalern ein Punkt in der Ideologie des Naturverhältnisses, die Differenz zwischen Mensch und Natur. Hierzu werden keine Aussagen gemacht, es kann auch nichts aus dem Konzept heraus dazu geschlossen werden. Dieses sieht zwar eine Verantwortung des Menschen für Natur vor, ob die Autoren diese aber aus dem Bewußtsein einer grundlegenden ontologischen Differenz von Mensch und Natur ableiten, ist dem vorliegenden Text nicht zu entnehmen. In den SRU-Gutachten hingegen wird eine grundsätzliche Differenz zwischen Mensch und Natur, die in der Personalität des Menschen liegt, betont.

Beide Problemdiagnosen gehen von einer Inkonsistenz im Zusammenwirken von Natur- und Kultursphären aus, die lediglich etwas unterschiedlich beschrieben wird. Während in der Wuppertal-Studie die Unangepasstheit anthropogener Produktionsverfahren an Naturkreisläufe betont wird, spricht der Umweltrat allgemein von mangelnder Vernetzung. Ein Bestandteil mangelnder Vernetzung ist jedoch auch in den SRU-Gutachten die Inkonsistenz von Produktions- und Naturkreisläufen. Gesprochen wird etwa von der Notwendigkeit einer zirkulären Ökonomie. Während jedoch in den SRU-Gutachten ein Haupthindernis zur Überwindung der konstatierten Inkonsistenz in der hohen Komplexität des Verhältnisses von ökologischen Problemen in ihrer Kombination mit sozial- und humanwissenschaftlichen Fragen gesehen wird, betrachten die Wuppertaler Autoren zu geringe Naturnähe als Hauptursache mangelnder Abstimmung zwischen Kultur und Natur. Weiterhin wird in den SRU-Gutachten ein falsches Bewußtsein bezüglich des gesellschaftlichen Naturverhältnisses konstatiert. In der Wuppertal-Studie hingegen werden Lebensstile für den falschen Umgang mit Natur zur Verantwortung gezogen. Identisch bei beiden sind die Orientierung auf eine Beachtung des Umweltraums, die letztendlich eine Konsistenz zwischen menschlicher Produktionssphäre und Natur herstellen soll. Zwar ist der Terminus „Umweltraum“ in den SRU-Gutachten nicht zu finden, das vorgeschlagene Verfahren zur Vereinheitlichung von Umweltstandards läuft jedoch auf eine Beachtung desselben hinaus. Unterschiedliche Betrachtungen hinsichtlich der Konstanz des Umweltraums oder der Schlußfolgerungen für das Gerechtigkeitskonzept sollen hier, im Zusammenhang mit der Beschreibung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses, kein Gewicht haben. Die gleichen Hauptorientierungen können als global-technokratisches Naturmanagement bezeichnet werden. Entsprechend der unterschiedlichen Sichtweise bezüglich der Hindernisse für Konsistenz zwischen natur- und menschengemachten Kreisläufen werden jedoch in beiden Konzepten auch unterschiedliche Nachhaltigkeitsorientierungen gegeben. In der Wuppertal-Studie wird, etwa mit Hilfe von Regionalisierungen und einer angestrebten Änderung von

Lebensstilen, mehr Naturnähe, wenn auch nicht in allen Lebensbereichen, angestrebt. Die SRU-Gutachten erhoffen sich allgemein von mehr Vernetzung eine Verbesserung des Naturmanagements.

Soweit zur Diagnose der Gesellschaftsbilder. Die beiden untersuchten Konzepte sind anfänglich nach dem Schema unilineare und gebrochene Modernisierung unterschieden worden. Mit dieser hypothetischen Einteilung ist die Auswahl der beiden Konzepte begründet gewesen. Die Analyse zeigt, daß einige Entwicklungsrichtungen unilinearere Modernisierung in der Wuppertal-Studie durch die Nachhaltigkeitsvorstellungen mehr oder weniger gebrochen werden. Dies gilt in vollem Umfang für den Massenkonsum und das Wirtschaftswachstum. Sie werden abgelöst durch eine Suffizienzorientierung, die mit einer Sättigung der Wirtschaftsentwicklung korreliert.

Nur begrenzt kann von einer Änderung des Individualisierungstrends, der Komplexitätszunahme, der repräsentativen Konkurrenzdemokratie sowie der Steigerung ökonomischer Konkurrenz gesprochen werden. Der Trend der Individualisierung wird durch die propagierten kommunitären Elemente zumindestens verlangsamt. An eine Deindividualisierung, eine Wiedereinbindung in vorgegebene Sozialformen, ist trotz der Aufwertung sozialer Netzwerke jedoch nicht gedacht. Vielmehr wird die Aufwertung von Gemeinschaftseinbindung komplementär zur weiterhin akzeptierten Individualisierung gedacht. Die Komplexität einer nachhaltigen Gesellschaft soll etwas geringer werden durch die partielle Regionalisierung. Die damit verbundene teilweise Rücknahme der Arbeitsteilung bewirkt wieder überschaubarere ökonomische und politische Zusammenhänge, so daß von einem teilweisen Rückgang der Komplexität gesprochen werden kann. Die regionalistische Orientierung ist jedoch nicht durchgängig. Auch die Anstrengungen für eine integrative Politik, die Basis des Nachhaltigkeitsanspruches per se, die eine Domestizierung der sich ausdifferenzierenden gesellschaftlichen Teilsysteme durch ihre Nutzung und Begrenzung erreichen will,

bewirkt keine Komplexitätsreduzierung, sondern versucht mit der Komplexität umzugehen. Die ökonomische Konkurrenz soll ebenfalls teilweise abgebaut werden. Neben einer verstärkten Nutzung des Konkurrenzmechanismus durch eine Monetarisierung von Umweltnutzung auf einem ökologisierten Markt sind in dem Wuppertaler Konzept solidarische Bestandteile enthalten, die dem Konkurrenzprinzip entgegenwirken. Die repräsentative Konkurrenzdemokratie erhält Konkurrenz durch Elemente konsensorientierter Partizipation, wenngleich diese komplementär gedacht ist und das Prinzip parlamentarisch-konkurrenzorientierter Repräsentation nicht vollständig ablösen soll. Dennoch kann von einem gebrochenen Trend gesprochen werden. Dieser kurze Abgleich rechtfertigt die Einordnung der Wuppertal-Studie als ein Modell gebrochener Modernisierung. Die Richtung spiegelt sich auch darin wieder, daß fast die gesamten Nachhaltigkeitsvorstellungen in den in dieser Untersuchung vorgenommenen Untersuchungsfeldern eine Änderung der bisherigen Entwicklungsrichtung bedeuten.

Die Nachhaltigkeitsvorstellungen in den SRU-Gutachten gehen dagegen mit Ausnahme des analog zur Wuppertal-Studie vorzufindenden Rückgangs repräsentativer Konkurrenz zugunsten konsensualer Orientierungen in der Politik mit den aufgeführten Entwicklungsrichtungen unilinearere Modernisierung konform. Dies wird ebenso sichtbar durch die geringe Anzahl von Änderungen gegenüber den bisherigen Entwicklungen in den einzelnen Untersuchungsfeldern. Die neben Konsensualität und Partizipation erwünschten wesentlichen Änderungen zur Erlangung von Nachhaltigkeit wie Rahmensetzung und Deregulierung in der Politik, Konsistenz der Produktion mit Bedürfnissen langfristiger Umweltnutzung, die Domestizierung der Eigenlogiken von gesellschaftlichen Teilsystemen sowie ein verbessertes globales Naturmanagement sind mit unilinearere Modernisierung im skizzierten Sinn kompatibel.

Die Einteilung der beiden Konzepte in die Rubriken unilinere und gebrochene Modernisierung hat sich gerechtfertigt, auch

wenn die jeweilige Zuordnung nicht in allen Modernisierungsbereichen vorgenommen werden kann. Dabei sind die SRU-Gutachten mit ihrer nur in einem Bereich zu konstatierenden teilweisen Änderung noch näher am Pol unilinearere Modernisierung angesiedelt, als die Wuppertal-Studie den Gegenpol total gebrochener Modernisierung besetzt. Einen eindeutigen Bruch gibt es dort lediglich im Bereich des Wachstums und Massenkonsums. Die restlichen angeführten Änderungen sind durchgehend partieller Natur. Dennoch rechtfertigen sie in ihrer Gesamtheit die vorgenommene Einordnung.

Mit der eben vorgestellten Analyse möchte ich zweierlei bezwecken:

1. Ich möchte hinweisen auf die unterschiedlichen Gesellschaftsbilder in Nachhaltigkeitskonzepten.
2. Ich möchte zum Diskurs über diese und andere Gesellschaftsbilder auffordern.

Die Frage lautet: Wie soll der Korridor zwischen den Leitplanken gestaltet werden? Es ist keine beliebige Füllung möglich. Die bei Strafe des Untergangs einzuhaltende Randbedingung ist, daß der gesellschaftliche Möglichkeitsraum so stabil gestaltet werden muß, daß systemische Eigenlogiken die Leitplanken nicht früher oder später sprengen. Wer es ernst meint mit der Beantwortung dieser Frage, der muß den Diskurs rücksichtslos führen.

Was meine ich damit?

- Ich meine damit nicht, keine Rücksicht zu nehmen auf emanzipatorische Bedürfnisse.
- Ich meine damit nicht, keine Rücksicht zu nehmen auf die Ansprüche, die sich aus unterschiedlichen Lebensentwürfen ergeben.
- Ich meine damit nicht, keine Rücksicht zu nehmen auf den basalen Wert demokratischen Procederes.

- Ich meine damit auch nicht, keine Rücksicht zu nehmen auf das Recht aller Menschen auf Teilhabe an der Gesellschaft.

Aber der Diskurs muß geführt werden

- ohne Rücksicht auf Partikularinteressen und tradierte Besitzstände
- ohne Rücksicht auf mögliche Konsequenzen für das polit-ökonomische System, möglicherweise muß entgegen dem Trend mehr reguliert werden, um soziale und ökologische Standards durchzusetzen
- ohne Rücksicht auf unbequeme Konsequenzen, etwa bei Fragen der Verteilung von Umweltnutzungsrechten
- ohne Rücksicht auf Machtstrukturen
- ohne Rücksicht auf den tradierten Mechanismus der Pazifizierung sozialer Konflikte durch den Mechanismus der Zugewinnungsgesellschaft, durch die Strategie des ewigen Wachstums.

Wer den Diskurs ernsthaft will, darf keine Rücksicht auf Tabus nehmen. Allein der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ (Habermas) sollte Anspruch auf Geltung haben.

Selbst wenn sich die gesellschaftliche Gemeinschaft auf einen Weg zu nachhaltiger Entwicklung einigen würde, ist die Umsetzung fraglich. Als Sozialwissenschaftler kenne ich eine Reihe von gesellschaftlichen Eigendynamiken und Hindernissen, die der Umsetzung von Wunschvorstellungen entgegenstehen. Die Aufgabe der Sozialwissenschaften in dem Diskurs ist nicht die eines Richters. Die Sozialwissenschaften können bei der Erstellung einer Entscheidungsgrundlage helfen. Wenn ich als Energieberater Gebäudeeigentümer über Kosten und Nutzen von Energiesparmaßnahmen, etwa Wärmedämmung oder Heizungsanierung, aufkläre, so überlasse ich den Kunden die Entscheidung über den Vollzug möglicher Maßnahmen. Sie allein müssen entscheiden, ob sie etwa nach rein ökonomischen Kriterien oder nach umweltethischen Gesichtspunkten handeln wollen.

Allzuoft fallen ja leider beide Anforderungen nicht zusammen. Ich als Berater liefere lediglich eine Entscheidungshilfe. Genauso kann die Sozialwissenschaft dem Kunden Gesellschaft über Zusammenhänge, Eigendynamiken, Hindernisse und Chancen von Nachhaltigkeitswünschen aufklären. Die Entscheidung selber aber hat die Gesellschaft nach Regeln des demokratischen Procederes zu treffen.

Die sozialwissenschaftliche Fragestellung nach den gesellschaftlichen Implikationen von Nachhaltigkeitskonzepten fügt sich ein in eine ganze Reihe nachhaltigkeitsrelevanter Schwerpunkte der Universität Oldenburg. Zu nennen sind etwa Ressourcenökonomie, ökologische Betriebsführung, Landschaftsökologie, Umweltpolitik, Stadt- und Regionalforschung, Umweltpädagogik, marine Umweltwissenschaft, Physik regenerativer Energien, die Unterstützung von Prozessen lokaler Agenda in der Region oder Mediationsforschung.

Wenn die Universität Oldenburg mit derartigen Beiträgen zur Nachhaltigkeitsdebatte im Sinne der Tabulosigkeit beitragen soll, ist Wissenschaftsfreiheit jenseits kurzfristigen ökonomischen Drucks notwendig. Die Betonung liegt auf: Kurzfristig. Langfristiger ökonomischer Druck erfordert genau diese Reflexionen. Ökonomisch denken heißt: „Haushalten“ und das kann nur langfristig gedacht werden. Möglicherweise sind die Sozialwissenschaften im Zuge der zu erwartenden Ökonomisierung der Universitäten kurzfristigem ökonomischen Druck am wenigsten gewachsen. Zu hoffen ist, daß es eine Sicherung der Sozialwissenschaften als gesellschaftliche Reflexionsinstanz ohne kurzfristige ökonomische Zwänge geben wird. Für den Nachhaltigkeitsdiskurs ist das unerlässlich. Nicht nur für die akademische Wissenschaft, sondern gerade auch für die gesellschaftliche Praxis. Sie haben meine sozialwissenschaftliche Reflexion von Nachhaltigkeitskonzepten ausgezeichnet. Damit haben Sie auch eine Würdigung des Anspruchs der Sozialwissenschaften auf gesellschaftliche Reflexion vorgenommen, wofür es, wie gesagt, gute Gründe gibt. Dafür und für ihre nachhaltige Aufmerksamkeit möchte ich mich bedanken.

Der Autor

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER (1962)

Stahlbetonbauer, Dipl.-Ing., Dipl.-SozWiss.

Nach dem Abitur von 1981 bis 1988 Jobber, Lehre und Arbeit als Stahlbetonbauer. Von 1988 bis 1993 Studium des Maschinenbaus an der Fachhochschule Bremen, Fachrichtung Energietechnik. Zwischenzeitlich 1 Jahr freies Studium der Universität Oldenburg. Von 1993 bis 1998 Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Oldenburg, Schwerpunkt Umweltpolitik/Umweltplanung. Abschluß 1998 mit der Diplom-Arbeit: „Das Gesellschaftsbild in ausgewählten Nachhaltigkeitskonzepten für Industrieländer“.

Von 1992 bis 1994 freier Mitarbeiter im Energieberatungsbüro ibek, Bremen. Von 1994 bis 1998 Gesellschafter der Ingenieurs- und Physiker-Sozietät PLANET (Planungsgruppe Energie und Technik), Oldenburg. Dortige Tätigkeiten u.a.: Erstellung von Gutachten zur Energieeinsparung bei öffentlichen, privaten und gewerblichen Auftraggebern, Energiekonzepte für Neubaugebiete, Planungsleistungen für ressourcensparende Wärmetechnik, Seminare für Energiebeauftragte von Schulen.

Hausmann 1994 und 1999.

Seit 1999 Arbeit an einer Dissertation zum Thema: Nachhaltigkeitsansätze und Modernitätstheorien.

Oldenburger Universitätsreden

Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

Über die Lieferbarkeit der Ausgaben Nr. 1 bis Nr. 103 gibt das Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, Postfach 25 41, 26015 Oldenburg, Tel.: 0441/798-2261 Auskunft.

Nr. 105 Lepenies, Wolf: Sozialwissenschaften und sozialer Wandel - Ein Erfahrungsbericht -. - 1999. - 51 S.
ISBN 3-8142-1105-7 DM 6,00

Nr. 106 Horn, Klaus-Peter: Per aspera ad astra. Ausbildung und Arbeitsmarkt von Diplom-Pädagogen. - 1999. - 33 S.
ISBN 3-8142-1106-5 DM 6,00

Nr. 107 Kocka, Jürgen: Historische Sozialwissenschaft. Auslaufmodell oder Zukunftsvision? - 1999. - 31 S.
ISBN 3-8142-1107-3 DM 6,00

Nr. 108 Beekmann, Klaus. Das Deutschlandbild Armandos. 1999. - 29 S.
ISBN 3-8142-1108-1 DM 6,00

Nr. 109 Fetscher, Iring: Was ist und wem nützt Politikwissenschaft. - 1999. - 49 S.
ISBN 3-8142-1109-X DM 6,00

Nr. 110 Spiegel, Erika/Ipsen, Detlev/Jessen, Johann: Zwanzig Jahre Arbeitsgruppe Stadtforschung. Drei Vorträge. - 1999. - 82 S.
ISBN 3-8142-1110-3 DM 3,00

Nr. 111 Daxner, Michael/Grubitzsch, Siegfried: Reden aus Anlaß und Übernahme des Präsidentenamtes an der Universität Oldenburg
ISBN 3-8142-1111-1 DM 6,00

Nr. 112 Freisel, Ludwig: Sekundarstufe II und Gymnasiale Oberstufe. Probleme und Perspektiven. - 1999. - 49. S.
ISBN 3-8142-1112-X DM 6,00

Nr. 113 Meyer-Abich, Klaus M.: Ist der Mensch etwas Besonderes in der Gemeinschaft der Natur? Das kleine und das größere Selbst. - 1999. - 23 S.
ISBN 3-8142-1113-8 DM 6,00